

Schöne Neue Welt - Auswanderung aus dem Rheinland nach Nordamerika vom 17. bis zum 19. Jahrhundert

Wissenschaftliches Symposium des Landschaftsverbandes Rheinland
Abtei Brauweiler, Pulheim 15. bis 17. Mai 2000

Das zweieinhalbtägige Symposium zur rheinischen Amerikaauswanderung vom 17. bis zum 19. Jahrhundert in der Abtei Brauweiler (Pulheim) stand im Kontext der geplanten Ausstellung *Schöne neue Welt - Rheinländer erobern Amerika*, die das Rheinische Freilichtmuseum Kommern im April 2001 eröffnen wird. Neben der spannenden Lebensgeschichte des Johannes Herbergs wird die Ausstellung grundlegende Aspekte zum Thema Auswanderung darstellen.

Zur wissenschaftlichen Vorbereitung dieses Projekts hatten das Rheinische Freilichtmuseum Kommern und die Fachstelle für Regional- und Heimatgeschichte, beides Dienststellen des Landschaftsverbandes Rheinland, Fachleute aus der ganzen Bundesrepublik und aus den USA eingeladen, die neue Forschungen zur Auswanderung aus dem Rheinland nach Nordamerika vom 17. bis zum 19. Jahrhundert vorstellten und diskutierten. Die Amerikaauswanderung gehört zu den schlecht aufgearbeiteten Kapiteln der rheinischen Geschichte, so daß dieses Symposium nicht nur den Forschungsstand in diesem Bereich aktualisieren sondern auch zur weiteren wissenschaftlichen Erforschung anregen wollte. Es gliederte sich in die vier Sektionen *Wirtschaftsgeschichte*, *Politische Geschichte*, *Religions- und Konfessionsgeschichte* sowie *Alltags- und Mentalitätsgeschichte*. Das untersuchte Gebiet entsprach etwa der ehemaligen preußischen Rheinprovinz sowie den entsprechenden Siedlungsgebieten in Amerika und umfaßte einen zeitlichen Rahmen vom 17. bis zum 19. Jahrhundert.

Den Eingangsvortrag in der ersten Sektion *Wirtschaftsgeschichte* über die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse in den rheinischen Territorien im 18. und 19. Jahrhundert mit ihren Folgen für die Auswanderung hielt Prof. em. Friedrich Zunkel (Köln).

Trotz Zuwanderung und Geburtenüberschuß im Laufe des 17. und 18. Jahrhunderts blieb die Emigration aus den rheinischen Territorien gering, denn hier gewährleisteten eine relativ leistungsstarke Landwirtschaft und der Aufschwung der vorindustriellen Gewerbe eine weitgehend ausreichende Versorgung. Deshalb hätten bei den meisten Auswanderern subjektive Motivationen die objektiven Auswanderungsgründe übertroffen. Aus Sorge um die Wirtschaftskraft verhängten aber viele rheinische Landesherren Verbote, die nur Arme und soziale Außenseiter aussparten. In den linksrheinischen Gebieten führten erst die Franzosen 1799 Freizügigkeit ein, die ab 1818 mit Einschränkungen auch in der preußischen Rheinprovinz galt.

Nach der seit 1844 offiziell geführten Statistik, deren Zahlen aber nach Meinung des Referenten zu niedrig gewesen sein dürften, kamen zwei Drittel der Emigranten aus den Regierungsbezirken Trier und Koblenz. Die Bereitschaft zur Massenauswanderung im 19. Jahrhundert war Folge der Verarmung breiter Bevölkerungsschichten aufgrund langfristig wirkender struktureller Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft im Zuge der Industrialisierung, die durch die Wirtschaftspolitik noch verschärft wurde. Im Gegensatz zu anderen Gebieten gelang es weder den französischen noch den preußischen Behörden in der Rheinprovinz, die Nahrungsversorgung für die seit Ende des 18. Jahrhunderts stark wachsende Bevölkerung in ausreichendem Maße auszuweiten. Daneben war in den Rheinlanden bis 1871 auch die Vermeidung des verhaßten preußischen Militärdienstes ein wichtiger Auswanderungsgrund.

Aufgrund der fortschreitenden Proletarisierung breiter Bevölkerungsschichten, die zu Massenauswanderungsbewegungen führten, könne für die 1840er und 1850er Jahre die Auswanderung aus wirtschaftlich-sozialen Gründen für die Rheinprovinz als notwendiges Ventil bezeichnet werden.

In der Diskussion wurde die Reaktion der amerikanischen Behörden auf die obrigkeitliche Abschiebepolitik in den rheinischen Territorien im 18. und 19. Jahrhundert thematisiert. Zudem wurde angeregt, die in den rheinischen Territorien oftmals pragmatische, regional sehr unterschiedlich gehandhabte Auswanderungspolitik zu untersuchen, besonders im Zusammenhang mit Fragen der Sozialdisziplinierung in der Frühen Neuzeit.

Im zweiten Vortrag von Prof. Walter Kamphoefner (Texas) ging es um Wanderungsverhalten und Zielorte rheinischer Auswanderer, der dazu die "chance plus chain"-These entwickelt hat, wonach Siedler ihrer lokalen Gemeinschaft treu bleiben, solange es zu keinem Desaster komme.

Da eine Überprüfung der Ortsnamen in Hinsicht auf die Zielrichtung der Immigranten irreführend sein könne und Rheinländer aufgrund ihrer politischen Uneinigkeit diesbezüglich wenig Spuren hinterlassen hätten, hat der Referent Auswanderungsakten des Hauptstaatsarchivs Düsseldorf für die Regierungsbezirke Aachen, Düsseldorf und Köln für das 19. Jahrhundert ausgewertet. Aus dem Regierungsbezirk Aachen bevorzugten demnach 38 % der Auswanderer Texas, aus Düsseldorf 44% die Richtung New Jersey und aus dem Regierungsbezirk Köln zogen 32% der Auswanderer nach Louisiana.

Bei der Strukturierung des Migrationsprozesses aus dem Rheinland besaßen personelle Verbindungen und Kettenwanderungen den größten Einfluß. Aber auch gezielte Siedlungsprojekte zeigten regional unterschiedlich durchaus Wirkung: Der 1845 von Prinz Solms-Braunfels zur Kolonisation Texas' gegründete Adelsverein machte zwar 1847 bankrott, seine Siedlungsplätze waren aber auch später noch für rheinische Auswanderer attraktiv. Ebenso hatten katholische Siedlungsprojekte ganz unterschiedlichen Erfolg, aber offensichtlich fanden sich Katholiken eher in Siedlergruppen zusammen als Protestanten.

Zudem bestimmte der berufliche und persönliche Hintergrund die Wahl des Zielortes. Insgesamt gebe es aber keinen Modernisierungseffekt in Hinsicht auf die Beschäftigungsstruktur, denn der bevorzugte Zielort blieb bis in die 1880er Jahre die ländliche Region, weil fast nur Junggesellen in den Städten siedelten. Auch das frühere Arbeitsumfeld spiegelt sich in der Wahl wider, denn Personen des ersten Beschäftigungssektors siedelten im Mittleren Westen, Handwerker waren am meisten im Süden und im unteren Westen vertreten, während Beschäftigte des dritten Sektors vor allem in den Nordosten zogen.

Zum Abschluß der Sektion setzte sich Prof. em. Wolfgang Helbich (Bochum) mit dem Quellenwert von rheinischen Auswandererbriefen für die Wirtschafts- und Sozialgeschichte auseinander. Dieser Vortrag bedeutete gleichzeitig eine kritische Auseinandersetzung mit seiner wissenschaftlichen Arbeit der letzten Jahrzehnte.

Briefe ergänzen und unterstützen amtliche und öffentliche Quellen. Sie enthalten vor allem Informationen über das persönliche und berufliche Umfeld sowie die Lebenshaltungskosten. Selten dagegen berichten die Briefeschreiber über gesellschaftliche und politische Belange in Amerika und über ihre Auswanderungsgründe, die die Adressaten in aller Regel kannten.

Die beiden Hauptfunktionen von Auswandererbriefen liegen im Illustrieren und Dokumentieren. Auch können Klischees aufgrund der prozentualen Häufigkeit ihres Vorkommens als quantitativ signifikante Realität eingeordnet werden. Aus Angst vor Zuzug weiterer Familienangehöriger, die versorgt werden mußten, waren sie zudem selten geschönt und damit die wichtigste Informationsquelle für Emigranten. Allerdings wird der Quellenwert durch die Subjektivität der Aussagen relativiert: Doch wenn es um Hoffnungen, Wünsche, Wertmaßstäbe sowie Ängste und Unsicherheiten geht, vermittelt vor allem das individuelle Werturteil einen halbwegs authentischen Einblick in die Gedankenwelt der deutschen Auswanderer. Dieses Urteil werde aber von persönlichen Faktoren beeinflusst und so sei es trotz zusätzlicher Informationen über den Briefeschreiber kaum möglich, zwischen eigenen und übernommenen Aussagen zu unterscheiden. Auch weisen Briefsammlungen Klassen- und Bildungsgefälle auf. Regionale Unterschiede lassen sich dagegen nur in Hinsicht auf politische Themen und die Sprache bzw.

Mundart ermitteln. Das Hauptproblem der Quellenart "Brief" sah der Referent in der zeitaufwendigen und kostspieligen Erschließung dieser handschriftlichen Dokumente.

Die Diskussion verdeutlichte, daß es wenige professionelle Briefeschreiber gab, die zumeist in der Stadt lebten und nur selten angefragt wurden. Üblich war der Sammelbrief, bei dem einzelne Familienmitglieder nacheinander einen Abschnitt lang berichteten. Geschlechtsspezifische Merkmale lassen sich vor allem in der Wahl der Themen erkennen, da Frauen häufig über den eigenen Haushalt und die Kirche schrieben.

Der zweite Tag der Tagung begann mit der Sektion *Politische Geschichte*, die von Dr. Wolfgang Splitter (Balitmore/Hattingen) mit einem Vortrag über die innere Organisation und politische Bedeutung von Gemeinden rheinischer Auswanderer in Pennsylvania im 18. Jahrhundert eröffnet wurde. Während die Mennoniten aufgrund ihrer vom öffentlichen Leben abgeschotteten Gemeindestruktur und ihres theologischen Ansatzes nur geringe Probleme mit der Situation in Nordamerika hatten, befanden sich die lutherischen Geistlichen von Anfang an in einem Zwiespalt: Das Austarieren zwischen den Rechten der Amtskirche in Europa und den Ansprüchen der Gemeinde war oftmals eine schwierige Angelegenheit. Sich langsam emanzipierend, forderten einige Geistliche daher mehr Mitspracherecht.

Bis in die 1780er Jahre waren die meisten rheinischen Einwanderer an der Einbürgerung nicht interessiert: Mit Ausnahme Franz Kaspar Hasenclevers, der sich vehement für die Unabhängigkeit Pennsylvanias und später der USA einsetzte, finden sich vor 1800 daher kaum deutsche Parlamentarier in den höheren politischen Gremien Pennsylvanias. Dafür gibt es aber Anzeichen rheinischer Beteiligung an politischen Entscheidungen in den Counties und Gemeinden. Nach 1710 kam die erste große Gruppe von südwestdeutschen Einwanderern, die von den Erfahrungen der frühen rheinischen Pioniere profitierte, und gleichzeitig die soziale Integration und den politischen Aufstieg der deutschen Siedler beschleunigten, weil sie das zahlenmäßige Verhältnis zwischen den Einwanderergruppen verschoben: So seien die rheinischen Immigranten vielmehr Wegbereiter in Hinsicht auf die Infrastruktur der Ansiedlung als in Hinsicht auf die politische Organisation gewesen. Unerforscht ist dabei noch immer die Bedeutung der "niederländischen Rheinländer". In der Diskussion wurde deutlich, daß sich hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Amtskirche in Europa und lutherischer bzw. reformierter Gemeinde in Amerika im Zuge der amerikanischen Revolution der Versuch einer Abnabelung vor allem der Lutheraner erkennen lasse.

Der nächste Vortrag von Prof. Antonius Holtmann (Oldenburg) beschäftigte sich mit der Amerikaauswanderung im Kontext der gescheiterten Revolution 1848/49. Nach seiner Auffassung werde dieser Zusammenhang allerdings überbewertet. Stimmen wie der jüdische Rabiner Bernhard Wechsler, die eine Republik forderten und deshalb die USA als Vorbild aber auch als Auswanderungsziel sehr positiv beurteilten, waren demnach eher Ausnahmen. So verurteilten die "Oldenburgischen Blätter" bereits 1833 Auswanderung als etwas für Faule und Ungehorsame. In diesem Zusammenhang wurde das sogenannte "Kolumbuslied" von Franz Lohmeyer, das ein sehr vorteilhaftes Bild von Amerika zeichnete, von der Polizei als besonders gefährlich eingestuft, weil es zur Aufwiegelung der Bevölkerung geeignet sei. In kontroversen Debatten in der Paulskirche über das Grundrecht der Auswanderung setzten sich linke Gruppierungen für Bestimmungen zum Schutze von Auswanderern ein, während die Rechte die Abschiebung von Armen als humane Aktion beurteilte. Auch in den USA reichten die Reaktionen der deutschen Einwanderer auf die Revolution von 1848/49 von der Einrichtung einer Revolutionskasse in Cincinnati bis zu heftigen Verurteilungen in verschiedenen Zeitungen.

Daher sei Immigration im Kontext der Revolution 1848/49 ein vielschichtiges Problem, das sich mit einfachen Erklärungsmodellen nicht fassen läßt.

Die Diskussion ergab, daß das "Kolumbuslied" in mehreren voneinander abweichenden Versionen und zu unterschiedlichen Zeitpunkten in verschiedenen Territorien auftauchte. Zudem zeigte sich, daß Friedrich Hecker als Typus eines Revolutionärs gerade von orthodoxen lutherischen und katholischen Kirchenzeitungen in Amerika zur Abschreckung verwendet worden sei.

Als letzte in dieser Sektion referierte Barry Moreno vom Museum Ellis Island/New York über die Einwanderungsgesetzgebung und -politik im 19. Jahrhundert der USA sowie des Staates New York, über den rund zwei Drittel aller Einwanderer in diesem Zeitraum einreisten.

Bereits im Gefolge der Napoleonischen Kriege kamen so viele Flüchtlinge aus Europa, daß die finanziellen Lasten für die Bewohner New Yorks zu hoch wurden. Die seit 1824 geänderte Einreisepolitik, nach der Sicherheiten von Einreisewilligen verlangt wurden, war aufgrund des häufigen Mißbrauchs allerdings in den 1840er Jahren mehrmals Gegenstand von offiziellen Untersuchungen. Zudem überstieg die Zahl der Immigranten weiterhin die Kapazitäten so stark, daß der Staat New York die erste umfassende Einwandererbehörde schuf, nämlich die 1847 gegründete "State Board of Emigration Commissioners": Seit 1855 wurden Immigranten direkt vom Schiff zur medizinischen Kontrolle und zur Feststellung der Personalien in die Festung "Castle Garden" gebracht. Kranke und mittellose Einwanderer schickte man nach "Ward Island". Doch auch Castle Garden mußte nach zahlreichen Skandalen und aufgrund der Inkompetenz der Beamten angesichts einer wachsenden Zahl von Immigranten im April 1890 geschlossen werden.

Der Kongress beschäftigte sich erst im Zuge des Bürgerkrieges ernsthaft mit einer umfassenderen Einwanderungsgesetzgebung und verabschiedete zwei wichtige Gesetze zum Landerwerb und zur Arbeitserlaubnis. Die Wende um 1875 zu einer restriktiven Einwanderungsgesetzgebung hing mit der allmählich aufkommenden Diskriminierung von außereuropäischen Immigranten zusammen, die seit 1896 die Zahl der alteingesessenen Siedler überstiegen. Zudem entzog der Kongress die legislativen Kompetenzen in der Einwanderungsgesetzgebung den einzelnen Staaten und schuf stattdessen eine Bundesbehörde, das "Bureau of Immigration". Mit Ellis Island (New York) wurde 1892 die erste nationale Sammelstelle für Einwanderer eröffnet.

In der Diskussion präziserte Barry Moreno die rassische Diskriminierung: Seit 1899 gab es eine offizielle Einwanderungszählung nach Rassen, bei der Juden die größten Schwierigkeiten hatten, denn ihre Integrationsfähigkeit wurde allgemein bezweifelt.

Die nächste Sektion beschäftigte sich mit der *Religions- und Konfessiongeschichte* und wurde mit dem Vortrag von Roland Paul (Trier) eröffnet, der über den Aufbau der reformierten Gemeinden durch rheinische Auswanderer in der Neuen Welt im 18. Jahrhundert sprach.

Aufgrund der Defizite in der kirchlichen Betreuung der Neusiedler, wie sie auch der Reisebericht des Gottlieb Mittelberger aus den Jahren 1750 bis 1754 schildert, sprachen die frühen Prediger oftmals vom "Neuen Kanaan": Demnach gab es weder eine Besoldung noch eine freie Wohnung für den Pfarrer, so daß er vollständig auf die Gaben der Gemeinde angewiesen war. Zudem teilten sich bis in die 1780er Jahre reformierte und lutherische Gemeinden oftmals einen Kirchenbau. Diese Zustände provozierten nicht nur Konflikte mit Amtskirche und Gemeinde, sondern schreckten bis in die 1750/60er Jahre studierte reformierte Theologen ab.

Die Jahre 1749/50 brachten aufgrund der starken Einwanderung einen Umschwung, denn die Zahl der deutsch-lutherischen Gemeinden stieg bis zum Jahr 1776 auf 196, die der reformierten Gemeinden auf 123 an. Die Mehrzahl davon bekannte sich im selben Jahr zur amerikanischen Unabhängigkeitserklärung. Zudem besaßen die Gemeinden einen starken Einfluß auf das Schulwesen und führten beispielsweise "sunday schools" ein. Erst seit 1812 wurde die deutsche Sprache durch die steigende Zahl englischer Prediger verdrängt, zunächst in der Stadt, später auch auf dem Land.

Die Diskussion zeigte, daß nicht die fehlende theologische Ausbildung der Grund für ein Zerwürfnis zwischen Gemeinde und Prediger war, sondern vielmehr seine Lebensführung oder seine Gehaltsforderung. Hier verlief die Entwicklung in der Stadt anders als auf dem Land, dessen Bevölkerung wesentlich religiöser war.

Im folgenden referierte Dr. Ulrich Bister (Herborn) über die Wechselbeziehungen zwischen amerikanischen und rheinischen Erweckten des innerkirchlichen und radikal-täuferischen Pietismus. Er definierte den Pietismus gemäß den Erklärungen des evangelischen Kirchenlexikons als eine bedeutende Erneuerungsbewegung des Protestantismus seit Ende des 17. Jahrhunderts,

die sich mit der Prophetie beschäftigte und die Frömmigkeit in Hinblick auf das "heilige Leben" (Schwärmer und Enthusiasten) intensiviere. Obwohl nicht jede pietistische Gruppe kirchenkritisch war, beurteilte die evangelische Landeskirche diese Bewegung als allgemeine Gefahr.

Um 1700 wanderten Pietisten erstmals nach Amerika aus. In Rückbezug auf die Bibel sahen viele die neue Welt als das "neue Jerusalem" an. Für den Aufbau der pietistischen Gemeinde, die später wieder Ausgangspunkt für die Wiederbelebung der Bibelgesellschaften im Rheinland waren, war deshalb die Frage nach dem Verbleib in der Staatskirche zentral. Der erfolgreichste Verleger und Drucker des 18. Jahrhunderts war Christopher Sauer, der mit seinen Büchern alle protestantischen Glaubensrichtungen bediente.

Der Forschungsüberblick am Ende des Vortrages zeigte, daß in Bezug auf rheinische Pietisten viele Quellen noch nicht ausgewertet sind: Zu denken wäre an eine Zusammenführung und Erforschung der religiösen Zeitschriften zu Beginn des 18. Jahrhunderts. Zudem plädierte Dr. Bister für einen offeneren Blick in Hinsicht auf die konfessionshistorische Literatur.

Im letzten Vortrag dieses Tages beschäftigte sich Prof. Andreas Gestrich (Trier) mit der Religionspolitik in den rheinischen Territorien als Auslöser für Auswanderungsbewegungen im 17. und 18. Jahrhundert. Nach Ansicht der neueren Literatur ist religiöse Unterdrückung und Verfolgung als Auswanderungsgrund eher als marginal anzusehen, vielmehr handele es sich dabei um ein vorgeschütztes Motiv. Dennoch bestehen nach Ansicht des Referenten Zusammenhänge zwischen der Auswanderungsentscheidung und religiöser Unterdrückung.

Die Obrigkeit in den rheinischen Territorien reagierte auf dreifache Weise auf religiöse Randgruppen: Mehrere Landesherren verhängten seit Ende des 17. Jahrhunderts Verbote gegen radikale Pietisten und Separatisten, die die Staatskirche in Frage stellten. Allerdings wurden meistens nur die Anführer ausgewiesen. Zudem versuchten einige dieser Gruppen, beispielsweise die Separatisten, zunächst innerhalb des Deutschen Reiches eine neue Heimat zu finden, bevor sie nach Amerika auswanderten. Die beiden weiteren Reaktionsweisen bestanden in der Unterdrückung von religiösen Randgruppen, über die wirtschaftliche Auflagen als Disziplinierungsmaßnahmen verhängt wurden, um die Ausbreitung der Gruppe zu stoppen, sowie in der Überwachung. Gleichzeitig konnte auf diese Weise auch der Anschein von religiöser Toleranz nach außen gewahrt werden. Es sei aber kaum möglich, die verschiedenen Formen der Diskriminierung quantifizierend zu erfassen. Bei größeren auswanderungswilligen Gruppen darf deshalb auch nicht die Rolle des Weltbildes und der Zukunftserwartungen bei der endgültigen Auswanderungsentscheidung vernachlässigt werden.

In der Diskussion wurde deutlich, daß mit dem Vormarsch des Katholizismus am Ende des 16. Jahrhunderts die Unterdrückung der Pietisten und Mennoniten zunahm. Eine Ausnahme stellten hier kleinere Adelshöfe dar, die diese Gruppen aus wirtschaftlichen Gründen tolerierten. Deshalb kam es bereits in den Jahren 1654 bis 1660 zur ersten großen (Binnen-) Wanderungsbewegung. Ein noch offenes Forschungsthema sei die Frage, inwieweit finanzielle Interessen der Obrigkeit neben konfessionellen Ängsten bei der Ausweisung eine Rolle gespielt haben.

Am letzten Tag der Tagung beschloß Carola Schmidt (Göttingen) die Sektion *Religions- und Konfessionsgeschichte* mit einem Vortrag über die Rolle deutscher Theologen und Kirchenmänner beim Aufbau lutherischer Gemeinden in der Neuen Welt. Sie bevorzugte einen exemplarischen Ansatz mit einem Vergleich der Situation in North Carolina und Pennsylvania.

Im Jahr 1742 kam der Laienprediger Mühlenberg nach Pennsylvania, um dort als Pastor tätig zu werden und als kirchenobrigkeitlicher Betreuer Locationen durchzuführen. Angesichts der Zustände in den lutherischen Gemeinden änderte Mühlenberg seine politischen und gesellschaftlichen Anschauungen. Seine Lebensaufgabe sah er nun vor allem in der "Ecclesia platanda". Mit der Werbung von Hallenser Theologen als rechtmäßig ordinierte Pastoren und der Weihung einer lutherischen Kirche gelangen Mühlenberg seit Mitte des 18. Jahrhunderts die ersten Schritte hin zu einer hierarchisch strukturierten lutherischen Kirche in Pennsylvania. Doch durch den Zusammenschluß der Gemeinden bildete sich eine eigenständige lutherische Kirche in

Pennsylvania mit synodalen Strukturen, die aufgrund der langen Postwege nach Europa weder kontrolliert noch beeinflusst werden konnten. Die Situation der Gemeinden in North Carolina war ähnlich. Doch bemühten sich die Lutheraner infolge der seit 1770 einsetzenden theologischen Differenzen mit den Reformierten um eigene Pastoren und wandten sich an das Konsistorium in Hannover, das den Pastor Nüßmann nach Übersee schickte. Der gravierendste Unterschied der Gemeindeordnung Nüßmanns aus dem Jahre 1783 war die Subordination im Vocationsfall unter das Konsistorium Hannover und die Universität Göttingen. Mit dem 19. Jahrhunderts beginnt die stärkere Akkulturation in Richtung amerikanischer Umwelt.

Die Diskussion zeigte, daß die stärkere Abhängigkeit der lutherischen Gemeinden in Amerika von Europa auf die Ankunft der deutschen Pastoren zurückzuführen ist, die nochmals einen starken Impuls zur Rückbesinnung auf die deutsche Mutterkirche gaben. Als wünschenswertes Forschungsthema wurde die Frage nach dem Einfluß des reformierten Presbyterialelements auf die Kirchenordnungen in den USA bewertet.

Die letzte Sektion *Alltags- und Mentalitätsgeschichte* eröffnete James Duffin (Philadelphia) mit einem Vortrag über Aspekte des Alltags deutscher Einwanderer in Philadelphia und Germantown während des 17. und 18. Jahrhunderts. Er stützte sich dabei vor allem auf die Hinweise in Johannes Herbergs Tagebuch.

Diesem fiel vor allem die im Vergleich zu seiner Heimat ungewöhnlich hohe Nutzung von Pferden als Reit- und Transporttiere auf; offensichtlich übertraf die Zahl der Reiter bei weitem diejenige der Fußgänger. Zudem war der Alkoholgenuß recht hoch. Dagegen wurden Kirchenfeste gar nicht oder nur mit gutem Essen oder besonderen Freizeitaktivitäten begangen. Über die Benutzung der englischen bzw. deutschen Sprache gibt das Tagebuch dagegen wenig Auskunft, weil Johannes Herberg kein Englisch sprach.

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß bisher nur wenige Tagebücher untersucht worden sind, obwohl sie einen hohen Quellenwert besitzen.

Die Tagung wurde beschlossen mit dem Vortrag von Dr. Cornelius Neusch (Siegen), der über die Reisebedingungen in die Neue Welt referierte, die er am Beispiel des 1853 erschienenen Auswandererratgeber des Heinrich Georg aus Dillenburg, der im Jahr zuvor nach Milwaukee ausgewandert war, exemplarisch nachzeichnete. Im Zuge der Verkehrsrevolution kam es im Laufe des 19. Jahrhunderts auch zu einer totalen Veränderung der Reisebedingungen für Auswanderer, die ihren stärksten Ausdruck in den Dampfschiffen als Symbole der Massenbeförderung fand.

Die Reise begann mit der Ordnung des Besitzes und dem Einholen verschiedener Papiere. Dann führte sie über Köln per Binnenschiff oder Eisenbahn in einen der großen Nordseehäfen. Schon hier versuchte jeder am Geschäft "Auswanderung" zu verdienen. Der nächste Schritt war die Überfahrt nach Amerika. Hier wurde der Reisende mit vielen Problemen konfrontiert, vor allem mit der mangelnden Hygiene und ihren Folgen. Hinzu kamen soziale Probleme aufgrund des verschiedenen kulturellen und konfessionellen Hintergrunds. Erst Mitte des 19. Jahrhunderts wurde per Gesetz sichergestellt, daß ausreichend Verpflegung vorhanden war. Mit dem Aufkommen der Dampfer seit 1860 verkürzte sich die Reisezeit nicht nur, sondern die Bedingungen der Überfahrt wurden auch besser. Dabei waren Reedereien wie die Hapag und der Lloyd Wirtschaftsunternehmen, die vor allem an den Auswanderern und der Postbeförderung verdienten und zur Stabilisierung des Gewinnes auch Preisabsprachen trafen. Die größte Zielhafen in den USA war New York vor New Orleans. Dort hatten die Immigranten mit ähnlichen Problemen wie in Europa zu kämpfen, bevor die Reise ins Landesinnere mit Schiff oder Überlandtrecks und seit 1869 auch mit der Eisenbahn weitergehen konnte.

Die Tagung zur rheinischen Amerikaauswanderung zeigte, daß es auch in den rheinischen Territorien zu Auswanderungsbewegungen seit dem 17. Jahrhundert kam, die allerdings wesentlich stärker den südlichen Teil der ehemaligen preußischen Rheinprovinz betrafen. Dafür gibt es für den nördlichen Teil noch viele offene Forschungsfragen.

Die Entscheidung zur Auswanderung beinhaltete fast immer ein Konglomerat an Gründen, vor allem wirtschaftliche, aber auch religiöse, politische und soziale, die sich selten auseinander dividieren lassen. Darüberhinaus hatten Emigranten mit einer Vielzahl an organisatorischen Problemen zu kämpfen, die sowohl die Aus- und Einreise wie auch die Reise selbst betrafen. Die Reaktion der Obrigkeit in den rheinischen Territorien war uneinheitlich und reichte von Verboten bis zu gezielter Auswanderungspolitik und Kolonisierungsversuchen in Amerika. In der neuen Welt gab es zwar bevorzugte Siedlungsgebiete der Rheinländer, die sich am persönlichen und beruflichen Hintergrund orientierten. Genausowenig wie Rheinländer sich in der Namensgebung von Gebieten oder Orten durchsetzten, beteiligten sie sich zunächst an der Arbeit in politischen Gremien auf überregionaler Ebene. Vielmehr hatten sie zuvor religiöse und soziale Konflikte in der Gemeinde zu lösen, die mit viel Pragmatismus angegangen wurden.

Es bleibt zu wünschen, daß einige der angeregten Forschungsthemen in den nächsten Jahren wissenschaftlich aufgearbeitet werden. Einen ersten Schritt in diese Richtung wird der dritte Band der wissenschaftlichen Begleitreihe zur Ausstellung leisten, in dem die Beiträge des Symposiums publiziert werden.

Nicola Antonia Peczynsky M. A.

Landschaftsverband Rheinland, Fachstelle für Regional- und Heimatgeschichte

© Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen
in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2000.
Nachdruck nur mit ausdrücklicher Genehmigung der AHF.
Heruntergeladen von www.ahf-muenchen.de.